



KOSTENLOS
Gegenwind
Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Gegenwind 193

Wilhelmshaven

Oktober 2003

Ungeliebt: Kranke und Journalisten

Krank sein ist zu teuer - Seite 6 - Journalisten sind störend - Seite 3 und 4 -



Wichtig?

Über einen ziemlich überflüssigen Streit zwischen dem Fair-Café und einem Anzeigenblatt berichten wir auf Seite 3.

Härter zur Sache geht es in dem Streit zwischen einem anderen Anzeigenblatt und der Chefin der Wilhelmshavener Freizeit- und Touristik-Gesellschaft. Auf Seite 4 sehen wir Grenzen für die Überlebensdauer der Macherin Aida Kleinschmidt.

Der JadeWeserPort fehlt natürlich auch in dieser Ausgabe nicht. Der World Wide Fund for Nature (WWF) kommt auf Seite 5 zu kritischen Worten.

Früher bedeutete Reform Verbesserung - heute werden damit die schlimmsten Gaunerstücke betitelt, wie wir auf Seite 6 nachweisen.

Während die Stadt Hunderttausende in Werbemaßnahmen für den JadeWeserPort steckt, verrotten viele Schulen. Lesen Sie Seite 7!

Die Südzentrale hat sich zu einem Top-Thema in Rundfunk, Fernsehen und Zeitschriften entwickelt. Wilhelmshavens Image bekommt mal wieder einen Knacks. Der Gegenwind präsentiert sich auf Seite 8 ziemlich kaisertreu.

Während unsere Jungs am Hindukusch mit Milliardenbeträgen unsere Freiheit verteidigen, hat die Stadt nicht einmal mehr Geld für Todesanzeigen: Seite 9 - Sparen!

Wird das Reinhard-Nieter-Krankenhaus privatisiert? Wird es eine städtische Eigengesellschaft? Auch nach dem Lesen unseres Artikels auf Seite 10 bleiben leider viele Fragen unbeantwortet.

Kurznachrichten finden Sie auf den Seiten 2 und 11.

meldungen

Ali gegen von der Leyen

"Niedersächsische Sozialministerin fordert Diskriminierung", überschreibt die Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland ihre Pressemitteilung vom 29.9., in der sie Bezug nimmt auf eine Meldung in der NWZ und der WZ vom 22.9. In einem Zeitungsinterview hatte die niedersächsische Sozialministerin Ursula von der Leyen gefordert, dass Sozialhilfebezieherinnen und -bezieher künftig keine "Markenartikel mehr bezahlt bekommen". Die Arbeitsloseninitiative wendet sich entschieden gegen diese Forderung der Ministerin, dass Armut wieder sichtbar werden sollte.

Sofern man dabei an Bekleidung denkt, ist festzuhalten, dass Sozialhilfebezieher pauschalierte Bekleidungsbeihilfen erhalten und auch eine Ministerin müsste zugestehen, dass mündige Bürger in diesem Land ihr Geld so ausgeben können, wie sie es für notwendig halten. Es schreibt doch auch niemand Frau von der Leyen vor, dass sie nicht im Billigdiscounter einkaufen soll, nur weil sie jeden Monat viel mehr Steuermittel erhält als jeder ebenfalls steuerfinanzierte Sozialhilfebezieher", meint Ernst Taux von der Ali. Die Arbeitsloseninitiative hat einige Bekleidungsgeschäfte angeschrieben, um zu erfahren, wie sie über diese Androhung aus Hannover denken und wie sie diese in ihren Geschäften praktizieren wollen.

Soweit die Pressemitteilung der Ali. Vermutlich weiß Frau von der Leyen, dass SozialhilfebezieherInnen Bargeld, Schecks oder Überweisungen bekommen und niemand sie daran hindern kann, sich Markenjeans oder -jacken zu kaufen, wenn sie sich entscheiden, dafür ihr Geld auszugeben. Anders ist es jedoch, wenn im Haushalt eines Sozialhilfebeziehers z.B. die Waschmaschine kaputt geht und er Ersatz beantragt. In diesem Fall legt - jedenfalls in Wilhelmshaven - das Sozialamt fest, welche Waschmaschine er bekommt, und das ist dann eine billige. (noa)

Kein Kindergeld

sollte nach Auffassung der Kindergeldstelle jungen arbeitslos gemeldeten Volljährigen mehr zustehen, wenn sie einen Nebenjob ausüben. Wie hoch die Entlohnung ist und wie zeitintensiv der Nebenjob ist, wäre demnach ganz egal gewesen. Schön blöd, wer für 50 Euro im Monat die Regale im Supermarkt füllt und auf ein weit höheres Kindergeld verzichtet? Diese kurzfristig eingeführte Beregelung hat vielen den Anspruch auf Kindergeld genommen. Massive Proteste haben dazu geführt, dass diese fragwürdige Regelung stillschweigend wieder eingestampft wurde. Eine mit benachteiligten Jugendlichen beschäftigte Pädagogin ließ uns wissen, dass, obwohl die oben genannte Kürzungsmaßnahme nur von kurzer Dauer war, sich heute noch viele arbeitslose Jugendliche ohne Kindergeld über Wasser halten müssen, weil sie seinerzeit einen kleinen Nebenjob ehrlich gemeldet haben. Betroffene haben jetzt erneut auch rückwirkend Anspruch auf Kindergeld! (ub)

Zum Jubiläum des Mütterzentrums

im Stadtteil Bant ist jetzt die erste Ausgabe der Mütterzeitschrift erschienen.

Die MüZe-Zeitung soll zukünftig 3 - 4 mal im Jahr erscheinen und über das Leben und Arbeiten im Mütterzentrum berichten. Die erste Ausgabe stellt einige ehrenamtliche Mitarbeiterinnen des Zentrums vor, berichtet vom generationsübergreifenden "Wunschgroßelternprojekt", stellt den werktäglich stattfindenden internationalen Mittagstisch vor und berichtet über das vielfältige Angebotsspektrum. Das Redaktionsteam wird von im Mütterzentrum aktiven Frauen gebildet. Die Auflage von 1.000 Exemplaren wird schwerpunktmäßig in den Geschäften, kommunalen und sozialen Einrichtungen im Stadtteil ausliegen.



Verwirrung um Zahlen

Im letzten Gegenwind berichteten wir unter der Überschrift "Mit Händen und Füßen" über die Ausländerberatung der Stadt Wilhelmshaven. Dabei unterlief uns im letzten Abschnitt ein Fehler, der von einem Leser zu Recht kritisiert wurde.

Wir schrieben: "Ein großes Problem ist die Arbeitslosigkeit. Wegen der hohen Arbeitslosenquote im Arbeitsamtsbezirk erhalten Asylbewerber und 'Geduldete' ... keine Arbeitserlaubnis. Die Arbeitslosenquote bei ihnen beträgt 46,35 %." Wenn Asylbewerber und Geduldete keine Arbeitserlaubnis haben - und das ist nicht nur in Wilhelmshaven, sondern bundesweit der Fall - dann beträgt bei ihnen die Arbeitslosenquote natürlich 100 %. Richtig wäre die Formulierung gewesen, dass die Arbeitslosigkeit unter den in Wilhelmshaven lebenden ausländischen Menschen 46,35 % beträgt.

Die Arbeitsverwaltung kommt hier zu anderen Angaben. Bei der Pressestelle des Wilhelmshavener Arbeitsamtes erfuhren wir, dass von den 9.565 im August arbeitslos gemeldeten Menschen 668 ausländischer Herkunft sind. Eine Angabe, wie viel Prozent der AusländerInnen arbeitslos sind, ist beim Arbeitsamt nicht zu bekommen, weil man dort diejenigen, die keine Arbeitserlaubnis haben, nicht zählt.

Doch selbst wenn man es wie das Arbeitsamt macht und die Asylbewerber und Geduldete einfach ausblendet, bleibt eine höhere Arbeitslosigkeit der AusländerInnen Fakt. Sie stellen knapp 5 % der Wohnbevölkerung, sind aber unter den (vom Arbeitsamt so genannten "echten") Arbeitslosen zu 7 % vertreten. (noa)

24. Fußballnacht in der Südstadt

Die nächste Fußballnacht in der Südstadt findet am Freitag, den 10. Oktober 2003, ab 22 Uhr in der Sporthalle Süd an der Deichbrücke statt. Freizeitmannschaften und sonstige am runden Leder Interessierte können dem Ball nachjagen. Für fetzige Musik, alkoholfreie Getränke und kleine Snacks ist bis zum letzten Abpfiff um 2 Uhr morgens gesorgt. Eintritt wird nicht erhoben, lediglich hallentaugliche Turnschuhe sind erforderlich. Die Turniersieger erhalten Medaillen und die faireste Mannschaft erhält einen Wanderpokal der Fa. Wasser.

Die Fußballnacht in der Südstadt ist eine Gemeinschaftsveranstaltung des Eisenbahner-Sport-Vereins, der Wilhelmshavener Musikinitiative, des Stadtsportbundes und der Stadt Wilhelmshaven mit freundlicher Unterstützung der AOK und der Fa. Herbert Wasser.

Stimmt!

Unser Artikel "Konkurrenz oder Bereicherung?" im letzten Gegenwind zeitigte einige Wirkungen: Im Diskussionsforum unserer Internet-Ausgabe belehrte uns "Gossy" darüber, dass Konkurrenz Bereicherung ist. Er hat vollkommen Recht. Natürlich können der Tauschring und die Tauschbörse nebeneinander bestehen, wie wir am Ende des besagten Artikels ja auch gesagt haben.

Konkurrenz belebt außerdem das Geschäft, wie das Sprichwort sagt, und das hat sich hier ganz schnell bewahrheitet: Der Tauschring Wilhelmshaven teilt mit, dass er eine Internetpräsenz eingerichtet hat. Bernhard Harms vom Tauschring schreibt u.a.: "Diese noch im Entstehen befindlichen Seiten findet man auf <http://www.tauschring-whv.de>. Mitglieder haben ab sofort die Möglichkeit, unsere Angebote tagesaktuell zu studieren. Außerdem erhält jedes Mitglied die kostenlose Möglichkeit, eine Internetadresse ... einzurichten. Andere Schmankerl sind in Vorbereitung..." Das finden wir gut.

Da wir die Konkurrenz nicht schüren wollen, sondern dafür sind, dass sich beide Initiativen ergänzen, wollen wir niemanden bevorzugen und nennen deshalb hier auch noch einmal die Internetadresse der neuen Tauschbörse: <http://www.noego.de>. (noa)

Gegenwind

Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21
26382 Wilhelmshaven
Tel.: 04421 / 99 49 90
Fax: 04421 / 99 49 91
eMail: gegenwind.whv@t-online.de
Redaktion: Uwe Brams, Erwin Fiege, Antje Jürgensen, Hannes Klöpper (verantw. Redakteur), Anette Nowak, Thomas Sobel, Frank Tunnat, Imke Zwoch; Druck: Beta-Druck Auflage: 4.800 Exemplare
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven, Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63
Der GEGENWIND erscheint (nach Möglichkeit) jeweils zum Monatsbeginn
Erscheinungstag dieser Ausgabe: 8.10.2003

Gegenwind im Internet:
www.gegenwind-whv.de

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben.

Journalistenschelte I

Fair-Café-Betreiber im Clinch mit Guten Morgen Sonntag (GMS)

(ub) In der "Guten Morgen Sonntag" vom 14. September d. J. wird "ehrlicher, kompromissloser Rhythm & Blues" der Gruppe PEEWEE BLUESGANG angekündigt. Zu hören am "Freitag, dem 19.9. im Fair-Café in Grafschaft". Die Band wird in höchsten Tönen gelobt. Reinhard Hartwig vom Fair-Café jedoch schimpft wie ein Rohrspatz über "peinliche Schreib- und Satzfehler" im Artikel und droht der GMS Kontaktsperrre an.

Ein zugegeben unglücklicher Textsatz unter dem Foto der Band, und zweimal wurde der Bandname (der eh den wenigsten bekannt sein dürfte) falsch geschrieben - aber sonst? Gut platziert in großer Aufmachung (1/3 Seite mit 10 x 15 cm Bandfoto), Werbung vom Feinsten für ein Blueskonzert im Grafsschafter "Fair-Café". "Ehrlicher und kompromissloser Rhythm & Blues ist das Bekenntnis der Band, ihr Handwerk und ihre Begabung. Auch die Coverversionen einiger Stücke von Clapton bis ZZ-Top bringen die Peewees genau so gut daher wie ihre berühmten Vorbilder... Der absolute Kracher, der Höhepunkt, ist das fast zwanzigminütige "Hey Joe", eine doch schon kongeniale Version des Hendrix-Klassikers." Zeitungsanzeigen dieser Größenordnung kosten normalerweise viel Geld. Die Ankündigung der Band und deren herausragende Qualitäten in der GMS folgt weitgehend der Pressemitteilung, die Fair-Café-Betreiber Reinhard Hartwig per Email an Pressevertreter verschickt hat.

Ganz im Trend der Zeit versorgt Hartwig auch interessierte Besucher seines in das "Fairhandelshaus Mercado Mundial" integrierten Cafés per E-mail direkt mit ausführlichen Hinweisen zum "Veranstaltungskalender Fair-Café 2003". Die Leser der Fair-Café-newsletters ("Hallo liebe Musikfreunde im Fair-Café") staunten nicht schlecht, als sie auf ihrem Rechner einen an "Hermann Knuth-Voigt" von der Zeitung Guten Morgen Sonntag gerichteten Brief fanden. Darin beschwert sich Hartwig massiv über "peinliche Schreib- und Satzfehler" und schlägt dem Redakteur vor, dass dieser "sich vielleicht mit der zuständigen Person für derartige Übertragungsfehler" mal zusammensetzen sollte. Was mit Ausnahme der Bandmitglieder wohl kaum jemand registriert hat: GMS kündigt den Auftritt mit "PeeWee Bluesgesang am kommenden Freitag dem 19.9. im Fair-Café in Grafschaft" an. Dazu Hartwig: "Die Band heißt PEEWEE Bluesgang, und hinter dem Datum ist ein Komma zu erwarten. ... Die Bildunterschrift verhöhnt die Bluesgruppe..." Und deshalb, so Hartwig weiter, "stehe ich ziemlich blöd da gegenüber der Band als Veranstalter des Abends, der ich 'professionelle' Pressearbeit versprochen habe." Arg wütend über die eigentlich doch sehr wohlmeinende Pressearbeit der GMS schießt Hartwig aus allen Rohren: "Ihre Leute sollten lernen, wie man mit dem Computer umgeht. Wenn das nicht gewährleistet ist, würde ich die GMS lieber aus-



dem Presseverteiler nehmen, um mich nicht lächerlich zu machen."

Reinhard Hartwig hat sich viel vorgenommen. Sein Fairhandelshaus MERCADO MUNDIAL in Schortens und Fedderwarder-groden soll als gemeinnütziges Bildungs- und Entwicklungshilfeprojekt zur Förderung des Weltfriedens" beitragen. Das Fair-Café will er "zum angesagtesten Musik-Club in Nord-West" machen. Noch ist das kleine Café zwischen Accum und Heidmühle eher ein Insider-Tipp. Lokale Größen wie "Hot Stuff" oder internationale Klausbands wie "Rudi Rotta" aus Italien füllen den Veranstaltungsräum mit 50 bis 80 Musikfans, die alle bequem mit genügend Beinfreiheit rattanbesstuhlt sitzen können.

Das Fair-Café in Schortens hat zunehmend exzellente Music-Acts zu bieten (siehe auch Veranstaltungshinweise). Solche Highlights rechnen sich nicht in einem Veranstaltungsräum von der Größe des Fair-Cafés. Sie sind weder über die Eintrittspreise noch über den Verzehr zu refinanzieren. Man

braucht musikverliebte Leute wie Hartwig, die solche Veranstaltungen wie private Hobbys betreiben. Reinhard Hartwig ist selbst Musiker - regelmäßige Fair-Café-Besucher haben oft erlebt, dass Hartwig bei dem ein oder anderen Song die jeweilige Band auf der Bühne begleitet. Hartwig in einem Email-Rundbrief: "Als Roland (von der Gruppe "Roland Parker & The Psychedelics") das technische Problem mit dem Kabel hatte, konnte ich nicht anders, als einzuspringen mit meiner Blues-Harp. Es macht einfach Spaß, solchen Musikern zuzuhören und ein paar Minuten mit ihnen zu musizieren."

Und es macht Spaß, musikalische Highlights wie die "PEEWEE Bluesgang" live zu erleben. Blues und Rock vom Allerfeinsten. Zwar waren wieder nur ca. 60 BesucherInnen erschienen. Die jedoch haben ihr Kommen nicht bereut. Auch wer wie die "PEEWEEES" schon über 25 Jahre im Musikgeschäft tätig ist, spielt sicherlich gerne in kleinen Musik-Clubs, wo das Publikum mit anhaltenden "standing ovations" die Band immer wieder auf die Bühne zwingt. Zu wünschen ist dem Fair-Café weiterhin so ein gutes Händchen bei der Zusammenstellung des Programms. Zu wünschen wäre auch etwas mehr Gelassenheit beim Umgang mit der Presse. □

Veranstaltungen

im Fair-Café

- **PADDY KORN (Blues)**
Samstag, 11. Oktober
- **TOSCHO (Blues Company)**
Freitag, 31. Oktober
- **RON EVANS GROUP (R&B, Soul, Blues)**
Sonntag, 9. November
- **LOS ROARING ISETTAS (Rockoldies)**
Freitag, 14. November
- **THE JOHN HAYES PROJEKT**
Freitag, 28. November
- **A. DOHMEN & R. LEGANTKE**
Querflöte und Gitarre bei Kerzenschein
Samstag, 20. Dezember

Günstiges Baugeld

Zins p.a.: **4,65 %** bei

100 % Auszahlung

Zinssatzfestschreibung: **10 Jahre**

anfänglich effektiver

Jahreszins: **4,75 %**

Zins p.a.: **5,10 %** bei

100 % Auszahlung

Zinssatzfestschreibung: **15 Jahre**

anfänglich effektiver

Jahreszins: **5,22 %**

Weitere Konditionen auf Anfrage

Ihr Ansprechpartner:

Holger Janßen Tel.: 04421 / 81144



VERSICHERUNGSGRUPPE

Stand: 09.2003

**AMERICAN STYLE
RESTAURANT &
COCKTAILBAR**



**Bonny's
Diner**

ÖFFNUNGSZEITEN:

MO - DO	9 - 2 UHR
FR	9 - 5 UHR
SA	10 - 5 UHR
SO	10 - 2 UHR

MHV, BAHNHOFSTR. 22 (KINOZENTRUM) TEL. 04421/ 981 505

Journalistenschelte II

Aida Kleinschmidt zerrupft das Magazin "Scout 26"

(ub) Wird das "Wochenende an der Jade" kritisch beleuchtet, liegen bei einigen Beteiligten offensichtlich die Nerven blank. Ein Gespräch mit der Geschäftsführerin der Wilhelmshavener Touristik & Freizeit GmbH über die Entwicklung des 'Wochenende an der Jade' in der Septemberausgabe des Magazins "Scout 26" kam nicht zustande, weil Frau Kleinschmidt diese Zeitung für "eigentlich höllisch überflüssig ... wie ein Kropf am Hals" hält. Auch Becker hatte zuvor an der Qualität des WadJ genörgelt. Kontaktsperrre und der Entzug "monetärer Aktivitäten" wurden als Höchststrafe von der Managerin Kleinschmidt per Email ausgesprochen.

Das "Wochenende an der Jade" ist nach wie vor unbestritten das bedeutendste Stadtfest in dieser Region. Kein Wunder also, dass gerade das WadJ ausführlich und kritisch von der örtlichen Presse beobachtet wird. Die kritischen Stimmen haben zugenommen. Besucher, Veranstalter und gastronomische Betreiber beklagen, dass - teils aus Geldmangel, teils aus Phantasielosigkeit - die Attraktivität der Darbietungen abnimmt. Das Fehlen spektakulärer Bands, kleinliche behördliche Auflagen bezüglich Öffnungszeiten und Lärmgrenzen, ein lustloses Kinderbetreuungsprogramm (sieht man einmal ab von den erfolgreichen Bemühungen der Marine), das Ausbleiben der großen Segelschiffe, all dies kann dazu führen, dass das Fest weiter an Bedeutung verliert. Wenn dann das Publikum weniger wird, bleiben die gastronomischen Standbesitzer weg. Die aber bringen das Geld über die Standgebühr. Weniger Einnahmen, noch weniger Highlights - eine gefährliche Abwärtsspirale. Relativ preiswerte Attraktionen wie etwa das "Hexendorf" am Pumpwerk können den Trend allenfalls partiell stoppen.



Stefan Becker vom "Scout 26" hat im Intro der Augustausgabe einige kritische Bemerkungen zum WadJ geschrieben. Laut Becker gab es "viele(n) Beschwerden von Betreibern und Gästen bzw. ehemaligen Gästen unseres Festes". Zu denen, die auf dem WadJ Geld verdienen wollen, gehört auch der KlingKlang-Wirt "Pana". Er ist seit 1997 mit einem Bierwagen dabei. Er beklagt, dass man vor 3 Jahren den "Standpreis nahezu verdoppelt hat" (Scout 26/Septemberausgabe). Die "immer geringer werdende Attraktivität" des Fliegerdeichangebotes, so "Pana", "...erschwert uns die Wirtschaftlichkeit." Die frühen Schlusszeiten "sind für ein Volksfest katastrophal. Wenn die Gäste wissen, dass sie um 0 Uhr wieder nach Hause müssen, kommen viele gar nicht erst."

Diese und andere Probleme wollte Becker mit Aida Kleinschmidt besprechen. In einer E-Mail-Anfrage vom 13.8.2003 - "Hallo Frau Kleinschmidt" - sollte der Managerin Gelegenheit gegeben werden, beispielsweise die Zuständigkeit für die verschiedenen Problematischen (Anwohnerbeschwerden, Ausschankzeiten etc.) zu erklären, denn, so Becker, "in der öffentlichen Wahrnehmung geht da ja vieles fröhlich durcheinander...".

Die Antwort von Frau Kleinschmidt kam prompt. Am gleichen Tag ging die von uns

nachstehend vollständig wiedergegebene E-Mail in der Redaktion des Scout 26 ein:

"Nach der Lektüre des Scout 26 und der dortigen Berichterstattung über das diesjährige WadJ (von Stefan Becker, der nachweislich sein Eigeninteresse mit dem schlechten Verkaufsergebnis seines Standes am Fliegerdeich wiedergibt) sehe ich kaum ein, einer Zeitschrift,

- a) die so unverschämt über uns berichtet,*
- b) die dermaßen die Wahrnehmung der Öffentlichkeit negativ beeinflusst,*
- c) die nicht zwischen echtem Journalismus (Informationspolitik) und persönlichen Anfeindungen/Forderungen/Eigennutz unterscheiden kann,*

d) die eigentlich höllisch überflüssig ist, wie ein Kropf am Hals

e) die mir heute den Tag noch zusätzlich verdorben hat

ein Interview gebe! Alles in Allem: wir werden sämtliche Aktivitäten, die in monetärer Umwandlung Widerhall finden, gegenüber der Zeitschrift (oder besser Pamphlet) Scout 26 einstellen.

Sorry! Aber dann könnte ich auch der WZ ein Interview geben, die würden es nicht besser rüber bringen können...

Gern für eine andere Zeitung - Gruß vom Süstrand, Ihre Aida Kleinschmidt".

Uffff! Man könnte jetzt aufzeigen, dass Scout 26 in der Juli-Ausgabe noch über 2 Seiten (unfinanzierte) Werbung für das WadJ betrieben hat. Auch die WZ hat seit Jahren der Berichterstattung vor, während und nach dem Fest seitenweise Platz gewidmet. Für den Gegenwind war das WadJ jährlich ein kulturelles Top-Ereignis mit entsprechender kritischer, aber immer auch wohlmeinender Berichterstattung. Die zunehmend kritische Berichterstattung über Wilhelmshavens bedeutendstes Stadtfest sollte immer auch im Dialog mit den Verantwortlichen stattfinden.

Aber - die Überschrift des Kommentars von Becker in der Scout 26-Septemberausgabe bringt es auf den Punkt: "So nicht, Frau Kleinschmidt!" □

Die Luft wird dünner für Frau Kleinschmidt!

Mit Ihrer E-Mail hat Aida Kleinschmidt eine Lawine der Kritik losgetreten. Scout 26 hat eigenen Angaben zu Folge mittlerweile "eine Flut von Briefen, Faxe, E-Mails und Telefonate..." zum Artikel "So nicht, Frau Kleinschmidt!" erhalten. "Die überwältigende Mehrheit der Zuschriften beklagte noch ganz andere Dinge gegen die Geschäftsführerin der Wilhelmshavener Touristik & Freizeit GmbH, zum Teil zu unserem Artikel direkt, aber auch mit ganz anderen Problemen, die es offensichtlich mit Aida Kleinschmidt gibt" (Scout 26-Oktoberausgabe). Mit einem Leserbrief hat sich auch Heinz-Georg Wendel vom Marinestützpunktcommando Wilhelmshaven aus der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit zu Wort gemeldet. Wendel beklagt die äußerst mangelhafte Zusammenarbeit in der Öffentlichkeitsarbeit zum Wochenende an der Jade. Zwecks Erstellung eines gemeinsamen Plakates hatte es "früh in diesem Jahr ...Gespräche... mit kompetenten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der WTF... allerdings ohne Frau Kleinschmidt" (Wendel) gegeben. Man kam zu einem gemeinsamen Ergebnis. Ganz offensichtlich im Alleingang hat Aida Kleinschmidt diesen Plakatentwurf revidiert und ihre Plakatvorstellung ohne weitere Absprache drucken lassen. Mir einem für die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der Marine niederschmetterndem Ergebnis: "ein nichts sagendes Plakat mit der Darstellung eines Tankers auf dem drei Indianerzelte stehen." Der Versuch, wenigstens "die Schiffsdarstellung auf dem Plakat wie ein Schiff aussehen zu lassen, wurde abgelehnt" (Wendel). Heinz-Georg Wendel wirft Kleinschmidt vor, "ihre eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu inkompetenten Statisten degradiert" zu ha-

ben. Und außerdem, hat "allein der Entwurf dieses Plakates" (das mit den Indianerzelten - ub) "das Zehnfache des gemeinsam erarbeiteten Entwurfes gekostet." Heinz-Georg Wendel droht jetzt offen mit dem Ausstieg der Marine aus dem WadJ-Spektakel: "Für die Zukunft sehen wir keine Basis für eine gedeihliche Zusammenarbeit mit der Geschäftsführerin der WTF und damit für das Wochenende an der Jade."

Bundesweite Aufmerksamkeit

Michael Konken, Landesvorsitzender des Deutschen Journalistenverbandes in Niedersachsen und ehemaliger Pressechef der Stadt Wilhelmshaven, hält die Journalistenschelte von Aida Kleinschmidt für völlig überzogen und weist darauf hin, dass Kleinschmidt nicht das Recht hat, dem Scout 26-Magazin Informationen vorzuenthalten. Denn so Konken: "die WTF gehört zu über 50 Prozent der Stadt Wilhelmshaven. Damit fällt sie ebenfalls unter den Gleichheitsgrundsatz und muss alle Medien mit allen Informationen versorgen. Übrigens zur gleichen Zeit und ohne Bevorzugung einzelner anderer Medien." Michael Konken empfiehlt, per einstweiliger Verfügung beim Verwaltungsgericht die Informationspflicht der Geschäftsführerin der WTF zu erzwingen. Der "Fall Kleinschmidt" wird weiter Schlagzeilen machen. Konken hat angekündigt, dass sich die journalistische Fachpresse dieser Sache annehmen wird: Wir werden den Fall aufgreifen und ihn in unseren journalistischen Fachzeitschriften vorstellen und bewerten. Das sorgt dann für bundesweite Aufmerksamkeit." Michael Konken hat das Wochenende an der Jade als Pressesprecher der Kommune viele Jahre begleitet. Sein Urteil aus fachkundigem Mund also: "Allein aus dem Blickwinkel einer professionellen Öffentlichkeitsarbeit ist das Verhalten nicht nachvollziehbar."

Alles klar beim JadeWeserPort?

Die Verlautbarungen der Planer und Politiker bejahen diese Frage eindeutig. Alles steht - es müssen jetzt nur noch die lästigen Genehmigungsverfahren durchgezogen werden und der Bau kann beginnen. Nachdem sich bisher in erster Linie die ortsansässige Bürgerinitiative sachlich und fachlich versiert mit der Problematik auseinandergesetzt hat, meldet sich jetzt eine der größten Umweltorganisationen zu Wort: der World Wide Fund for Nature (WWF). Im Folgenden drucken wir einen Artikel aus der WWF-Zeitschrift "Wattenmeer international" ab, der über die Studie des WWF zum JadeWeserPort Auskunft gibt. In unserer Internet-Ausgabe veröffentlichen wir die komplette Studie. (hk)

WWF-Studie zu Umweltauswirkungen des JadeWeserPort

Eine aktuelle Studie des WWF kommt zu dem Ergebnis, dass der in Wilhelmshaven geplante JadeWeserPort weit drastischere Folgen für die Umwelt hätte als bislang angenommen: Besonders die Eingriffe in die Tideströmung der Jade haben weitreichende Auswirkungen. Die Trübung des Wassers wird stark zunehmen und die Lebensbedingungen für Wassertiere deutlich verschlechtern. Außerdem kann die vermehrte Ablagerung von Schlick in strömungsberuhigten Bereichen zu einer Verlandungstendenz im Jadebusen beitragen. Auch im Vergleich zum möglichen Alternativstandort Cuxhaven wären die Umweltauswirkungen in Wilhelmshaven gravierender. Vor dem Bau weiterer Häfen müssen die vorhandenen Kapazitäten voll ausgeschöpft werden. Der WWF fordert daher ein naturverträgliches Hafenkonzept für die deutsche Nordseeküste.

Schwerpunkt der Studie sind die bisher wenig beachteten schwerwiegenden Eingriffe in das Tideregime der Jade und die damit verbundenen morphologischen und ökologischen Auswirkungen. Dabei setzt sich die Studie auch kritisch mit den methodischen Ansätzen der wasserbaulichen Systemanalyse der Bundesanstalt für Wasserbau (BAW) auseinander.

Die Veränderungen der Strömungsgeschwindigkeiten und Wasserstände in der Jade werden weitreichende Auswirkungen auf die Dynamik des Abtrags und der Ablagerung der Feststoffe in der Jade haben. Wo eine Beschleunigung der Strömung zu erwarten ist, wird es vermehrt zu Materialabtrag kommen. In Gebieten mit Strömungsberuhigung hingegen wird vermehrt Material abgelagert. Im Jadebusen wird dies voraussichtlich zu einer weiteren Erhöhung der höher gelegenen Wattbereiche durch verstärkte Sedimentation bei gleichzeitiger Vertiefung der Priele und Rinnen führen. Beide Effekte verstärken sich, sodass langfristig mit einer zunehmenden Tendenz zur Verlandung des Jadebusens gerechnet werden muss. Hierdurch sind z.B. die letzten großen Seegraswiesen des niedersächsischen Wattenmeeres, die im Jadebusen zu finden sind, bedroht.

Die veränderten Hoch- und Niedrigwasserstände durch den Bau des JadeWeserPorts werden außerdem zu einem Verlust von wertvollen Flachwasserbereichen und Wattflächen im Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer führen.

Ebenso ist zu erwarten, dass durch den JadeWeserPort die Trübung des Wassers in der Jade zunehmen wird. Dies hat tief greifende Auswirkungen auf die Lebewesen im freien Wasser und am Gewässergrund. Durch die geringere Eindringtiefe des Lichtes wird die Produktion von pflanzlichem Plankton zurückgehen. Dies führt einerseits zu niedrigeren Sauerstoffgehalten und vermindert andererseits das Nahrungsangebot für die gesamte Nahrungskette von tierischem Plankton über kleine Krebse und Fische bis hin zu den Endgliedern der Nahrungskette im Wattenmeer, den Vögeln und Seehunden.

Wertvolle und seltene Biotope wie Sandkorallenriffe und Miesmuschelbänke werden durch Überschlickung und Sauerstoffstress in Mitteleinschiff gezogen oder örtlich sogar vernichtet.

Zum Vergleich werden in der vorliegenden Studie auch die Umweltauswirkungen eines Tiefwasserhafens am Standort Cuxhaven an der Elbmündung in die Untersuchungen einbezogen. Dies geschieht hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt der Alternativenprüfung. Es zeigt sich, dass auch dort der Bau eines Tiefwasserhafens erhebliche Umweltauswirkungen nach sich ziehen würde. Dennoch wären diese in nahezu allen untersuchten Bereichen vergleichsweise geringer als in Wilhelmshaven. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass der Eingriff in das Tidegeschehen an der Jade wesentlich gravierender wäre als an der Elbe. Zudem würden an Land in Cuxhaven weniger wertvolle Flächen beansprucht.

Als Fazit der vorliegenden Studie muss die Genehmigungsfähigkeit des JadeWeserPorts aufgrund der weitreichenden und langfristig wirkenden Umweltauswirkungen in Frage gestellt werden. Die Ergebnisse der derzeit laufenden Umweltverträglichkeitsuntersuchung werden vor diesem Hintergrund sehr genau zu prüfen sein. Auch durch eine wasserbauliche Optimierung der Kaje, wie sie die Bundesanstalt für Wasserbau derzeit vornimmt, werden sich die beschriebenen Umweltauswirkungen nicht entscheidend mindern lassen.

Der WWF fordert seit langem ein übergreifendes Hafenkonzept für die deutsche Nordseeküste. Die derzeitige Konkurrenz der Hafenstandorte geht durch überflüssige Doppelplanungen zu Lasten der Natur und des Küstenschutzes und muss durch eine echte Kooperation der Häfen ersetzt werden. Sollten alle derzeit geplanten Hafenbau- und Flussvertiefungsprojekte umgesetzt werden, ist zu befürchten, dass die empfindlichen Ökosysteme endgültig aus dem Gleichgewicht geraten. Auch die Hochwassergefahr bei Sturmflut würde weiter steigen. Bei einer Zusammenarbeit der Hafenstädte könnte dagegen ein Tiefwasserhafen möglicherweise die Vertiefung der Außenweser und der Unterelbe überflüssig machen. Dies würde die Umwelt entlasten und dem Bund erhebliche Kosten sparen. Bundesumweltminister Trittin hat sich bereits mehrfach öffentlich für eine Hafenkooperation und gegen weitere Flussvertiefungen ausgesprochen.

Uwe Johannsen, WWF

Mütter Zentrum

**Werftstr. 45
Tel. 506 106**

Bücherflohmarkt

**06.10. - 12.10. täglich
Bücher für Kinder und
Erwachsene**

Frauenpower- Gruppe

**Jeden Samstag
von 10.00 - 12.00 Uhr
Jeden Dienstag
von 19.00 - 20.00 Uhr**

Mittagstisch Von Montag - Freitag 12.00 - 13.00 Uhr Internationale Küche

Der Secondhandladen

**Kinder- und
Damenbekleidung
Von Montag - Freitag
10.00 - 12.00 Uhr**

Öffnungszeiten

**Café MüZe:
Sonntag - Freitag
9.30 - 13.30 Uhr**

Klassenmedizin

Gesundheitsreform 2003 - Krank sein wird teuer

(ub) Auf Einladung der Arbeitsloseninitiative referierte der Leiter der AOK Regionaldirektion Wilhelmshaven Jürgen Tiedemann über das Thema Gesundheitsreform 2003. Einschnitte in das Sozialleistungssystem trugen, so Tiedemann, noch vor kurzen den Titel "Kostendämpfungsgesetze". Jetzt heißt das Reform. Das klingt besser, meint aber in diesem Fall den "größten Abbau von Sozialleistungen in der Nachkriegsgeschichte" (Ali).

Aus aktuellem Anlass, "weil die politische Diskussion um die Gesundheitsreform in vollem Gange" sei, so Günther Kraemmer, Vorsitzender der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland, und "weil Arbeitnehmer, Arbeitslose, Rentner und insbesondere kranke Menschen Verlierer der geplanten Veränderungen im Gesundheitswesen sind", war die so genannte Gesundheitsreform 2003 Thema in der Reihe der politischen Veranstaltungen der Arbeitsloseninitiative im Gewerkschaftshaus.

"Unser Interesse besteht an einem leistungsfähigen Gesundheitssystem, das offen ist für alle Menschen und nicht diejenigen

ausgrenzt, die finanziell nicht zu den Reichen zählen. Wir brauchen keine Klassenmedizin, wir brauchen eine klasse Medizin für alle", so hatte es Ernst Taux von der Arbeitsloseninitiative in der Einladung zur Veranstaltung formuliert.

Nach dem knapp zweistündigen Referat von Jürgen Tiedemann waren die Versammelten sich einig: Den oft zitierten "kleinen Mann" trifft es am schlimmsten. Den Besser verdienenden stören die Einschränkungen im Gesundheitswesen kaum. Wer, wie beispielweise die Pharmaindustrie, bisher am Gesundheitswesen kräftig verdiente, wird auch weiterhin ein sorgenfreies Auskommen

genießen.

"Oberstes Ziel der Gesundheitsreform" ist, so Tiedemann, die Senkung der durchschnittlichen Beitragssätze von derzeit 14,4 % auf unter 13 %. Wenn das Gesamtpaket der gesetzlichen Veränderungen greift, will man viele Milliarden Euro einsparen. 435 Seiten stark ist der entsprechende Gesetzesentwurf - 250 Gesetze müssen geändert werden. Und das soll jetzt alles ganz schnell in trockene Tücher gepackt werden. Tiedemann: "Die Verabschiedungsorgie läuft - es geht ruckzuck".

Belastungen in Milliardenhöhe

Es geht bei der Gesundheitsreform um die Senkung der Lohnnebenkosten. In der politischen Diskussion macht die Forderung von der "Verlagerung in die Eigenverantwortung" die Runde. Wer krank wird, soll selbst die Kosten der Behandlung tragen. Arbeitnehmer, Arbeitslose und Rentner müssen mit erheblichen finanziellen Belastungen rechnen. Die Zeitschrift "Gesundheit und Gesellschaft - das AOK-Forum für Politik, Praxis und Wissenschaft" hat in seiner Augustausgabe die zahlenmäßige Auswirkung der Gesund-

Die Änderungen

Medikamente werden gehortet, der Auslandsurlaub wird an Hand von Pharmakapreislisten geplant, die Zahnärzte müssen zusätzliche Stühle ins Wartezimmer stellen, Sehhilfen zahlt zukünftig der Leistungsberechtigte selber, ergo fällt schon jetzt die Fielmannaktie. Noch hat zwar keine Gesetzesänderung im Gesundheitswesen Gültigkeit. Gleichwohl wird überall hektisch reagiert. Die wesentlichen Eckpunkte der geplanten Veränderung dokumentieren wir im Folgenden.

Zahnersatz

Ab 2005 ist der Zahnersatz keine Kassenleistung mehr. Patienten werden sich künftig zusätzlich privat versichern oder einen Extrabeitrag an ihre gesetzliche Krankenkasse bezahlen. Die AOK Wilhelmshaven geht davon aus, dass der monatliche Beitrag bei der gesetzlichen Kasse für jeden Versicherten bei ca. 9 Euro pro Monat liegen wird. Unklar ist, was diese zusätzliche Versicherung abdeckt. Prozentual beregelte Zuschüsse wie bisher wird es nicht mehr geben. Statt dessen sollen "befundbezogene Festzuschüsse" zur notwendigen Versorgung gewährt werden. Unklar ist unter anderem noch, was als "notwendig" angesehen wird.

Allgemeine Leistungskürzungen

Taxifahrten zum Arzt werden nicht mehr von der Krankenkasse übernommen. Brillen muss jeder selbst bezahlen. Das Sterbegeld fällt weg. Nicht verschreibungspflichtige Medikamente muss der Kranke grundsätzlich selbst bezahlen. Arzneimittel, die nach Ansicht der Krankenkassen überwiegend der Verbesserung der privaten Lebensführung dienen, werden von der Erstattungspflicht der Krankenkassen ausgenommen. Z. B. wenn "er" nicht mehr so will, muss der Patient das Mittel gegen erktile Dysfunktion selbst be rappen.

Zuzahlungen

Hier wird kräftig zugelangt. Für Arzneimittel müssen Patienten künftig zehn Prozent aus eigenem Budget dazubezahlen. Mindestens sind pro Medikament 5 Euro fällig. Die Höchstgrenze liegt bei 10 Euro. Teurer wird auch der Krankenhausaufenthalt. 10 Euro pro Tag müssen für max. 28 Tage im Jahr gezahlt werden. Eine Steigerung der Kosten um über 100 Prozent, denn derzeit sind bei längerem oder mehrmaligen Krankenaufenthalt 9 Euro für maximal 14 Tage zu bezahlen. Wer einen Facharzt aufsucht, ohne dass vorher von seinem Hausarzt hierfür ein Überweisungsschein ausgestellt wurde, zahlt 10 Euro im Quartal zusätzlich.

Krankengeld

Ab 2007 zahlen Arbeitnehmer für den Lohnersatz bei langer Krankheit zusätzlich 0,25 Prozent ihres Bruttoeinkommens. Arbeitgeber zahlen nichts!

Positivliste

Hier bleibt alles beim Alten, und gerade das ist erwähnenswert! Ein gravierender Kostenfaktor in der Gesundheitsversorgung sind die Aufwendungen für Arzneimittel. Medikamente sind zudem bekanntlich in Deutschland am teuersten. Es kann jeder Haus- und Facharzt aus einer Palette von 46 000(!) Medikamenten wählen. Fast jeder Schmerzmittelnutzer weiß, dass das Medikament "Aspirin" in der Wirkstoffzusammensetzung deckungsgleich mit den "ASS"-Produkten ist. Trotzdem ist "Aspirin" um ein Vielfaches teurer. Die Positivliste sollte die Ärzte zwingen, bei zusammenstellungsgleichen bzw. sehr ähnlichen Medikamenten die jeweils kostengünstigsten zu verschreiben. Die Pharma industrie hat mit Hilfe der deutschen Rechtsprechung eine entsprechende Einschränkung verhindert.

Gesundheitskarte oder "gläserner Patient"

Ab 2006 wird eine neue Gesundheitskarte eingeführt. Diese "intelligente" Gesundheitskarte wird fälschungssicher, und auf ihr können zusätzlich zu den bisher gespeicherten

Daten der Krankenversicherungskarte freiwillig Angaben zu beispielsweise chronischen Erkrankungen, Allergien, Verläufen von Vorerkrankungen, Angaben zu bisher erfolgten Therapien etc. gespeichert werden. Hier wird, so der Leiter der AOK-Regionaldirektion Wilhelmshaven, "ein erster Schritt" bei der Datenerfassung gegangen.

Prävention

Die Stärkung der Prävention wird als wichtiges Ziel der Gesundheitsreform angesehen. Am kostengünstigsten ist es natürlich, wenn möglichst wenige überhaupt krank werden. Man sieht durchaus, dass es schon Ansätze gibt, Krankheit zu verhindern und Gesundheit zu fördern. Die Verantwortlichen in Kommission und Regierung meinen aber, dass noch ein abgestimmtes Konzept zum Thema Prävention notwendig ist. Demnächst erwartet uns deshalb ein Präventionsgesetz. Ein Teilnehmer der Arbeitslosenveranstaltung fühlte sich an alte DDR-Zeiten erinnert und zitierte den Wahlspruch "Jeder Mann an jedem Ort, einmal in der Woche Sport".

Und außerdem:

- sollen Ärzte zur regelmäßigen Qualifikation verpflichtet werden
- hat der Patient zukünftig Anspruch auf eine Quittung über Leistung und Kosten des Arztbesuches
- kann man Medikamente künftig bei so genannten Internetapothen bestellen
- dürfen Apotheker künftig insgesamt 4 Filialen eröffnen
- sollen sich Krankenhäuser für ambulante Maßnahmen öffnen
- zahlen Beamte, Minister und Abgeordnete Zahnersatzkosten künftig auch selbst
- werden Rentner künftig stärker zur Kasse gebeten
- sollen so genannte versicherungsfremde Leistungen (vor allem Leistungen rund um die Schwangerschaft) aus Steuermitteln finanziert werden. Das zahlen zukünftig die Raucher durch Preiserhöhung von einem Euro pro Schachtel

heitsreform eingeschätzt: "...in der Gesamtbetrachtung muss konstatiert werden, dass die finanziellen Belastungen für die Kranken beträchtlich sind: Sie sollen insgesamt 3,3 Milliarden Euro mehr an Zuzahlungen beim Arzt, für Medikamente oder im Krankenhaus leisten. Zugleich werden Leistungen in Höhe von 2,5 Milliarden Euro ganz ausgesetzt. Hinzu kommt, dass in zwei Stufen alle Versicherten höher belastet werden: Ab 2005 wird

der Zahnersatz aus dem GKV-Leistungskatalog ausgegliedert; ab 2007 soll das Krankengeld nicht mehr paritätisch von Versicherten und Arbeitgebern finanziert werden, sondern allein durch die Versicherten. Bereits ab dem Jahr 2004 müssen Rentner auf Versorgungsbezüge wie zum Beispiel Betriebsrenten höhere Beiträge mit einem Gesamtvolume 1,6 Milliarden Euro zahlen. □

Außen hui, innen pfui

Viele Wilhelmshavener können die Prioritäten der Stadtspitze immer weniger verstehen - der Stadtteilrat fordert andere Prioritäten

(noa) Wilhelmshaven ist arm - das weiß mittlerweile jeder. Die Gründe sind vielfältig und sollen hier nicht aufgezählt werden. Hier soll es vielmehr darum gehen, nachzuschauen, wie die Stadt dem Geldmangel begegnet - auch das nicht erschöpfend, denn das würde mehrere GEGENWIND-Ausgaben füllen.

Jahrelang wurde kein Geld in die Erhaltung des Freibades am Sportforum gesteckt. Die Mängel sind dort so groß geworden, dass beschlossen wurde, es in diesem Jahr nicht zu öffnen. Viel Eigeninitiative und Spendenfreudigkeit von Bürgern, Vereinen und Geschäftsleuten ermöglichte eine notdürftige Wiederherstellung, so dass das Bad wenigstens für die Dauer der Sommerferien geöffnet war - möglicherweise zum letzten Mal.

Mit den Schulen geht die Stadt genauso um wie mit den Bädern. Die beabsichtigte Schließung der Grundschule Neuende wurde seinerzeit u.a. mit dem schlechten baulichen Zustand des Schulgebäudes begründet. Die sehr aktive Elternschaft konnte die Schließung zum Ende des vergangenen Schuljahres - vorerst jedenfalls - abwenden.

"Mit 15 Millionen 'Miesen' in die Klausur", meldete die "WZ" am 19. September. Der Stadtteilrat hatte schon vorher getagt und beschlossen, den Ratsmitgliedern rechtzeitig vor den Klausurtagungen zum Haushalt 2004 eine Änderung der Prioritäten anzutragen. Nach der großzügigen Sportstättenförderung der letzten zwei Jahre müsse nun "etwas für die Kinder und Jugendlichen in der Stadt getan werden", schrieb er, und führte den Bauunterhaltungsbedarf für die Wilhelmshavener Grundschulen (insgesamt 7,1 Mio. Euro) im Einzelnen auf. Aus dieser Liste nennen wir exemplarisch zwei Schulen.

Die Grundschule Neuende braucht Bauunterhaltungsmaßnahmen in Höhe von 750.000 Euro. Die Eltern haben u.a. ein Klettergerüst finanziert und auf dem Schulhof aufgestellt, den benachbarten Bunker begrünzt, den Hof gestaltet und Bäume gepflanzt. Aus der Elternkasse schaffen sie Bücher und Spielzeug an, damit ihre Kinder in

den Pausen sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeiten haben, und auch die Gemüsegärten der Klassen kamen durch Geld und Arbeit der Eltern zustande. Die Elternkasse wird gefüllt durch Feste, an denen auch Nachbarn (ehemalige Schüler) der Schule teilnehmen.

Das Engagement der Neuender Eltern findet Unterstützung bei der Schulleiterin, die Sponsoren auftat für die Reparatur der alten Schuluhren, die irgendwann vor Jahrzehnten mal stehen blieben und seither in irgendeiner Kammer verstaubten. Für die dringend erforderliche Umgestaltung des Schulhofes sind Sponsoren gewonnen worden; das Geld liegt bereit; doch da die Schließung der Schule immer noch droht, warten Eltern und Sponsoren im Moment lieber ab.

Auch für die Sanierung der Ansgarischule sind 750.000 Euro erforderlich. Die (katholische) Ansgarischule ist bekanntlich zum Beginn des laufenden Schuljahres in das Gebäude der aufgelösten Ruselerschule umgezogen. Die Eltern dieser Schule hatten im alten Gebäude nicht nur die Klassenräume, sondern auch die ehemalige Hausmeisterwohnung renoviert, um diese Räumlichkeiten wieder nutzbar zu machen, nicht als Klassenzimmer, denn mangels Feuertreppe wäre das nicht zulässig gewesen, aber für die Arbeit der Elternvertretung und zur Nutzung durch die Lehrkräfte. Während der Sommerferien wurden (die "WZ" berichtete darüber) die Klassenräume des "neuen" Gebäudes frisch gestrichen. Dass das durch Arbeitskräfte der GAQ und der kath. Kirche geschah, war ursprünglich nicht geplant gewesen: Die Stadt hatte die Eltern aufgefordert, den Anstrich vorzunehmen, und hatte 5.000 Euro für die Farbe angeboten!

Die Schule sieht für die Kinder jetzt, mit dem neuen Anstrich, etwas freundlicher aus, doch das ist nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein, denn Fassaden, Dach und Fenster sind sanierungsbedürftig, und voraussichtlich wird der neue Anstrich der aus allen Richtungen eindringenden Feuchtigkeit nicht lange standhalten können. Am schlimmsten jedoch steht es um die Toiletten. Wir wissen von einer Schülerin, die sich den Toilettengang den ganzen Vormittag lang verkneift, weil die Klos nicht nur außerhalb des Schulgebäudes in einer finsternen Ecke gelegen sind, sondern auch in einem schlimmen Zustand sind.



Schule Neuende: außen hui...

International Küche & Cocktails



Frühstücksbuffet
Sonn- und Feiertags
10 - 15 Uhr

BAHNHOFSTR. 22, TEL.: 506876

Im Schreiben des Stadtteilrates an die Ratsmitglieder wird auch die geplante Umgestaltung der Marktstraße, die 800.000 Euro kosten soll, erwähnt. Zur Schulausschuss-Sitzung am 2. Oktober kam der StER darauf zurück. Er brachte einen Antrag auf Beschlussfassung ein. Der Schulausschuss hat mit großer Mehrheit dem Antrag zugestimmt und wird den Rat der Stadt am 4. November auffordern, zusätzliche Haushaltssmittel für die Bauunterhaltung der Wilhelmshavener Schulen zur Verfügung zu stellen. Vom StER-Vorschlag der Kompensation durch Verzicht auf den Umbau der Marktstraße hat der Schulausschuss abgesehen, da man nicht andere städtische Ausschüsse mit "Sparmaßnahmen" überrumpeln möchte. Nun ist der Rat aufgefordert, sich mit der Bauunterhaltung der Schulen auseinander zu setzen.

Auch dem zweiten Antrag des StER, für die Betreuungsklassen der Verlässlichen Grundschulen je 250,- Euro beim Rat zu beantragen, hat der Schulausschuss mit großer Mehrheit zugestimmt.

Schauen wir mal, wie mutig die Politik am 4. November mit den realen Problemen der Schulen umgeht. □

KULTUR - KOMMUNIKATION




WHV Zentrum
Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr.
MUSIK FÜR DICH

Frühstück
Partys - Konzerte

KLING KLANG-eMail-News
Kurze eMail an KLINGKLANGINFO@AOL.COM

Südzentrale: Abriss genehmigt!

Das Forum Wilhelmshaven kämpft weiter um den Erhalt des Gebäudes

(hk) Seit ca. 2 Jahren berichtet der Gegenwind über das traurige Schicksal der Südzentrale, die immer weiter zu einer unansehnlichen Industrieruine zerfällt. Im August 2003 erteilte nun das Bauordnungsamt die Genehmigung zum Abriss des denkmalgeschützten Gebäudes.

Auf einer Veranstaltung am 19. September gaben Corinna Janßen und Jürgen Engel vom Forum Wilhelmshaven den interessierten ZuhörerInnen einen Überblick über die Geschichte und Bedeutung des Gebäudes und darüber, welche Wellen die Abrissgenehmigung geschlagen hat. Da gab es kaum eine Institution, die sich nicht entsetzt über diesen Beschluss zeigte. Auch die Resonanz in der Presse (mit Ausnahme der Wilhelmshavener Zeitung) war beachtenswert.

So erschien z.B. in der Oktober-Ausgabe des Kunstmagazins "art" ein Artikel unter der Überschrift

"Wilhelmshaven entsorgt wilhelminisches Erbe".

Wenn Corinna Janßen von der Südzentrale spricht, dann schwärmt sie vom "Flair" der 20 Meter hohen Maschinenhalle, den "gewaltigen elfenbeinfarbenen Eisenträgern mit den Nieten, die durchgedonnert wurden", und dem Geländer im Jugendstil, das noch heute so "herrlich anzusehen" ist. Zwei Jahre kämpfte die 27-Jährige für die Erhaltung des ehemaligen Kraftwerks der

kaiserlichen Marinewerft in Wilhelmshaven. Die Stadtoberen überzeugte die angehende Denkmalpflegerin mit ihren Argumenten nicht. Im August genehmigte das Bauordnungsamt den Abriss des Kulturdenkmals.

Der private Grundstückseigentümer aus Ibbenbüren habe erfolgreich nachgewiesen, dass ihm die Erhaltung des Bauwerks nicht zumutbar sei, verteidigt Anton Englisch, Leiter des Bauordnungsamts, seine Entscheidung. Fachleute wie Wolfgang Ness vom Landesdenkmalamt Niedersachsen bedauern jedoch, dass die Stadt Wilhelmshaven selbst sich kaum bemüht habe, alternative Nutzungen für das Kulturdenkmal zu finden.

Die Südzentrale gehört für Ness "zu den bedeutendsten Industriebauten Norddeutschlands". (...)

Bis 1993 wurde das Gebäude industriell genutzt. Seitdem verfiel die Anlage. Nun soll das Denkmal einer neuen wirtschaftlichen Nutzung weichen. Wofür genau die Südzentrale aber geopfert wird, darüber schweigt sich die Stadt aus.

Doch mehr noch als die Hintergründe der Südzentrale interessierten sich die Veranstal-

tungsteilnehmer dafür, was jetzt getan werden kann, um den Abriss noch zu verhindern.

Schon nach kurzer Diskussion zwischen den z.T. fachlich sehr versierten Teilnehmern war klar, dass es sehr schwierig sein wird, auf rechtlichem Wege erfolgreich agieren zu können.

Und mit der Vermutung, dass die Dokumentation (eine der Grundlagen für die Abrissgenehmigung) die Schäden am Gebäude über- und den Erhaltenswert unterbewertet, lässt sich so nicht viel anfangen. Da wäre es schon sinnvoller, die Dokumentation in die Finger zu bekommen und sie auf den Prüfstand zu stellen, wie ein Diskussionsteilnehmer meinte. Doch was dann?

Die rechtlichen Wege, die beschritten werden können, sind sehr schmal. Der Wilhelmshavener Rechtsanwalt Bolko Seifert will versuchen, vor dem Verwaltungsgericht einen Antrag auf aufschiebende Wirkung der Einsprüche zu erwirken, weil der Abriss ohne jede Auflage genehmigt wurde.

Bolko Seifert führte in der Diskussion aus, dass Stück für Stück das gesamte Denkmalensemble, bestehend aus Kaiser-Wilhelm-Brücke mit den dazugehörigen Bauten und der Südzentrale, niedergemacht wird. Der Anfang sei, so Seifert, mit dem Abriss des Kiosks am Fuße der KW-Brücke bereits gemacht.

Anwesende Anwohner der Südzentrale schilderten eindringlich, was sie zu erwarten haben, wenn die Südzentrale abgerissen wird: Lärm und Dreck.

Inzwischen haben sie einen von über 30 Anwohnern unterzeichneten Widerspruch an die Stadt Wilhelmshaven übergeben:

Die Zeichen der Zeit ...

Für besondere Empörung sorgt innerhalb des Forums, das die Stadt Wilhelmshaven gerade in diesem Jahr (150 Jahre Jadevertrag) bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit auf die Bedeutung der Geschichte für die Stadt hinweist, sich zum drohenden Abriss eines der wichtigsten kulturhistorischen Denkmäler aber nicht äußert. In dem Falzblatt "Der Kaiser und die Südzentrale" gibt's Nachhilfeunterricht:

... Kaiser Wilhelm II., der 1888 den Thron bestieg, war an der technischen Entwicklung sehr interessiert. Bahnhöfe als Kathedralen des Verkehrs, Schulen, technische Universitäten und Industriebauten waren ebenso Teil der kaiserlichen Repräsentation wie die Schlösser, Kirchen und Bibliotheken.

Als Musterstadt der wilhelminischen Epoche ist Wilhelmshaven so etwas wie ein lebendiges Architekturmuseum.

Das weit über die Grenzen Wilhelmshavens bekannte und architektonisch wichtige Industriedenkmal "Südzentrale" war einst eines der wichtigsten Gebäude im Hafen. Entstanden im Zusammenhang mit der Kaiser-Wilhelm-Brücke, seinerzeit größte Drehbrücke Europas und dem damals für das Kaiserreich wichtigsten Hafen an der deutschen Nordseeküste, steht seit nunmehr zehn Jahren verlassen da und verfällt zusehends.

Geplant und errichtet wurde es ab dem Jahre 1908 vom Marinebaumeister Fritz Riepert. Dieser plante mit dem damals neuwer-

tigen Baumaterial Eisen eine klare, formale Architektur. Durch die Verwendung von zurückhaltenden, sandsteinfarbenen Ornamenten des Jugendstils wirkt die als Industriebau geplante Architektur außerdem ungewöhnlich leicht.

Bestehend aus Maschinenhalle, Bürogebäude, Schalthaus und Kesselhaus steht der heutige Gebäudekomplex auf einem Areal von 17.000 qm.

An der Schnittstelle zwischen Hafen und Stadt prägt die weithin sichtbare Maschinenhalle mit einer Höhe von 20 Metern das Stadtbild; der Giebel trägt als letztes und einziges Gebäude in Wilhelmshaven die Aufschrift: "Kaiserliche Werft" und zeugt so von der wertvollen Authentizität der Anlage.

Die Eisenfachwerkkonstruktion des Gebäudes mit ausgefachtem Mauerwerk ist bis heute gut erhalten, da sie durch regelmäßige Wartung und Konservierung vor dem Durchrostzen geschützt werden konnte. Die Pfahlgründung des Gebäudes ist ebenfalls intakt.

Leider wurde bislang keinerlei Neunutzung des Gebäudes genehmigt, so dass das Gebäude nach § 7 des niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes mittlerweile als wirtschaftlich unzumutbar gilt. Die Stadt erwartet derweil den Abbruchantrag der privaten Eigentümer.

Damit wird das exponierte Gelände dann freigegeben zur Bebauung für z.B. eine große Kühlhalle aus Trapezblech.

Die hier zu erwartenden Abbruchkosten der Südzentrale von ca. 1 Million Euro könnten also sinnvoller in eine Sanierung der Anlage eingesetzt werden, damit der wertvoll-

ste Gebäudekomplex der Stadtgründerzeit erhalten bleibt und damit als letztes Gebäude dieser Art in Wilhelmshaven die wilhelminische Zeit repräsentiert.

Das am 12. Mai 2002 gegründete Forum Wilhelmshaven spricht sich für den unabdingten Erhalt dieses einzigartigen Komplexes als bedeutendes Zeugnis der Stadt- und Technikgeschichte aus.

Wir möchten mit allen Beteiligten eine einvernehmliche Lösung erarbeiten, um die Südzentrale als solches zu erhalten und hoffen auf Ihre Unterstützung!

Wilhelm II. hat sich mehr als 50mal in der Jadestadt aufgehalten. Stadtgestaltung bedeutete für ihn ein zentrales Anliegen. Die 1906 fertig gestellte Kaiser-Wilhelm-Brücke mit ihrer kühnen Eisenkonstruktion und die zwischen 1909 und 1911 fertig gestellte Südzentrale sind als Ensemble zu betrachten.

Die Modernität der kaiserlichen Repräsentation ist hier bis heute erfahrbar. Der geplante Abriss der Südzentrale würde das unwiderrufliche Ende dieses einzigartigen Architekturensembles aus den letzten Jahren der Ära des Kaisers Wilhelm II. bedeuten. ...

Die Persönlichkeit und das Wirken des letzten Deutschen Kaisers und Königs von Preußen werden bis heute kontrovers diskutiert. Neben überwiegend ablehnenden Urteilen gewinnt eine kritische und doch auch gerechte Würdigung seines Wirkens zunehmend an Bedeutung. Gerade das gefährdete Ensemble von Kaiser-Wilhelm-Brücke und Südzentrale macht die gerne übersehene Modernität der wilhelminischen Epoche und ihres Kunstprotagonisten deutlich.

Hiermit legen wir **Widerspruch** ein gegen die Abbruchgenehmigung betreffend der "Südzentrale", dem unter Denkmalschutz stehenden, ehemaligen Heizkraftwerk der Kaiserlichen Werft.

Mit dem Abbruch der "Südzentrale" wird nicht nur ein Baudenkmal unwiederbringlich zerstört, es wird uns als Anrainern damit der nötige Schutzwall genommen, der uns bislang vor den erheblichen Lärm- und Staubemissionen der Schüttgutlagerung schützt. Da die Abbruchgenehmigung der "Südzentrale" nicht beinhaltet, dass im Gegenzug eine Lärm- und Staubschutzwand errichtet wird, werden unsere Rechte als Anrainer und Nachbarn damit verletzt.

Zudem ist das Gebäude "Südzentrale" für die Stadt Wilhelmshaven als wichtigstes Zeugnis ihrer Stadtentstehungsgeschichte zu sehen. Es kann nicht sein, dass ein Gebäude mit massiver Grundsubstanz abgerissen werden muss, damit der Bezug zu seiner Entstehungsgeschichte ein für alle mal ausgelöscht wird. Gerade im Bezug auf die 150 Jahr-Feier zum Bestehen des Jadevertrages fordern wir als Bürger eine öffentliche Stellungnahme der Stadt Wilhelmshaven für die Entscheidung zur Abbruchgenehmigung der "Südzentrale".

Sie, als untere Denkmalschutzbehörde, haben die Pflicht, nach § 9 des niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes, die privaten Eigentümer bei einer Neunutzung des Baudenkmals zu unterstützen. Da die "Südzentrale" ein architektonisch einmaliges Baudenkmal ist, fordern wir den unbedingten Erhalt mit Ihrer Unterstützung!

Wir als Anrainer wissen um die Substanz dieses bislang nie genügend abgesicherten Gebäudes. Das Gebäude ist absolut saniertwürdig und sollte so den Bürgern und den Touristen der Stadt Wilhelmshaven erschlossen werden. Damit würden auf lange Sicht höhere wirtschaftliche Einnahmen erzielt, die dann der Stadt zugute kämen.

Wir als Anrainer fordern Sie hiermit auf, dass sie die aufschiebende Wirkung unseres Widerspruchs beachten!

Abriss - wofür?

Während der Diskussion wurde auch der Vorschlag gemacht, dass versucht werden sollte, mit dem zukünftigen Nutzer (Nordfrost Bartels) eine Übereinkunft zu treffen, zumindest einen Teil (z.B. die Giebelwand) in seinen Planungen zu erhalten. Hier gab es dann auch schnell Widerspruch, weil es bei der Erhaltung eben um das gesamte Gebäude geht und nicht um einige schöne Steine. Eine Nutzung des gesamten Komplexes für Bartels' Zwecke (Kühl Lagerhaus) wurde als nicht realistisch angesehen, weil die modernen Lagerhäuser ganz anderen Anforderungen genügen müssen.

Von mehreren Diskussionsteilnehmern wurde herausgestellt, dass das wichtigste Mittel zur Erhaltung der Südzentrale eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit sei. Und die ist ja auch momentan in vollem Gange: Rundfunk, Fernsehen und die Printmedien laufen den Aktiven der Bürgerinitiative momentan die Türen ein. □

Kontakt: Forum Wilhelmshaven, An der Junkerei 36, 26389 Wilhelmshaven
Fax: 04421/772586; Tel.: 04421/772588 o. 0160/97365903
Mail: corinnajanssen@web.de oder info@mce-engel.de
Internet: www.suedzentrale.de



In vino veritas

und die Wahrheit ist: Bio-Wein ist bekömmlich, erschwinglich, lecker

Marktstr. 94, Tel. (04421)13438

Wie man 15 Millionen spart

Strukturkommission zur Haushaltskonsolidierung geht so richtig zur Sache

(noa) 15 Millionen Euro fehlen der Stadt - mit dieser Vorgabe gingen die Ratsfraktionen Ende September in die Klausurtagungen für den Haushalt 2004. Sie hatten ein "Haushaltkonsolidierungskonzept" der Verwaltung dabei. Was die Fraktionen davon tatsächlich beschlossen haben und was im Rat verabschiedet werden wird, bleibt abzuwarten. Hier nur ein kurzer Ausschnitt aus den Sparideen.

- ◆ Die bezahlte Frühstückspause der städtischen Mitarbeiter soll entfallen. Wenn die Sachbearbeiter wieder ihre Thermosbuddel auf dem Schreibtisch stehen haben und den "Kunden" die Krümel ihrer Stulle ins Gesicht pusten, werden außerdem ein paar Teilzeitkräfte in der Kantine "freigesetzt" werden können.
- ◆ Vollstreckungsbeamte sollen auf Honrarbasis arbeiten und nur für erfolgreiche Eintreibungen bezahlt werden.
- ◆ Die Erschweriszuschläge für Müllwerker, Straßenkehrer, Kanalarbeiter sollen gestrichen werden.
- ◆ Der städtische Zuschuss an die API für die Jugendwerkstatt soll nicht mehr gewährt werden.
- ◆ Das Beratungszentrum, dessen "Personalkörper (...) bereits durch Fluktuation reduziert" wurde, soll geschlossen werden.
- ◆ Die Hausdruckerei soll aufgelöst werden.
- ◆ Das "Kapital Personal" soll besser genutzt werden, z.B. durch "Auswertung von Krankheitsdaten" (!) (Quote, Auffälligkeiten) - Wer fehlt oft krankheitshalber und kann deswegen zuerst ins Auge gefasst werden, wenn "betriebsbedingte Kündigungen als letztes Mittel" vorgenommen werden?
- ◆ Durch finanzielle Anreize soll Personal abgebaut werden; so soll es Prämien für längerfristige Beurlaubungen, Abfindungen bei vorzeitigem Ausscheiden, Übernahme der Krankenversicherungskosten für beurlaubte Beamten geben.
- ◆ Die städtischen Mitarbeiter sollen für Einsparideen Prämien bekommen, die sich am Einsparungserfolg orientieren - da am meisten Geld am Personal zu sparen ist, könnte das auf eine Art "Kopfgeldprämien"
- hinauslaufen.
- ◆ An den SozialhilfebezieherInnen kann gespart werden durch Änderung des Verfahrens für Bekleidungsbeihilfen oder für die Berechnung des Mehrbedarfs wegen kostenaufwendiger Ernährung.
- ◆ Die Einnahmesituation der Stadt soll verbessert werden, z.B. durch "Leistungserbringung gegen Entgelt". Vielleicht sollen die o.a. SozialhilfebezieherInnen eine Gebühr entrichten für die "Leistung" Senkung ihrer Bekleidungsbeihilfe!??
- ◆ Die Personalvertretung kann verbilligt werden, indem die Anzahl der freigestellten Personalratsmitglieder "überprüft" wird - dies u.a. vor dem Hintergrund veränderter Strukturen. Hier wird auf die Bäder (die ja nicht mehr so richtig städtisch sind), die Altenwohnanlagen und für die Zeit ab 2004 das RNK - siehe dazu "Wird das RNK privatisiert?" - verwiesen.
- Der makabeste Einsparungsvorschlag:
- ◆ Verstorbener Mitarbeiter soll nicht mehr zeitnah gedacht werden - die Trauer soll jeweils bis zu einer lohnenden Anzahl von Toten angespart und dann in einer Sammelanzeige ausgedrückt werden. Unbekannt ist, ob bei kurz aufeinanderfolgendem Dahinscheiden eines Müllmanns und eines Dezernen beiden in der gleichen Sammelanzeige stehen sollen... Das wäre inkonsistent, denn ansonsten wird bei den Sparideen gut unterschieden zwischen Oben und Unten: Von wenigen Ausnahmen abgesehen (eine davon betrifft die Anzahl der Dezernenfahrzeuge) treffen die Einsparungsvorschläge nur die Bediensteten und die Kunden, nicht aber die Spitze der Verwaltung. □

**Informationsabend
des
Forum Wilhelmshaven:**

**"Erhaltet die Südzentrale"
Dienstag, 21.10.2003
um 19:30 Uhr
im Metropol**



Wird das RNK privatisiert?

Zum 1. Januar 2004 soll es eine Rechtsformänderung für das RNK geben

(noa) Vor einem knappen Jahr wurde in einer Personalversammlung des Reinhard-Nieter-Krankenhauses eine Bombe gezündet - der große Knall ist bislang ausgeblieben. Auf die Frage eines Personalratsmitgliedes erklärte der Krankenhausdirektor Prof. Jörg Brost, er werde nach der Landtagswahl von der Stadtverwaltung den Auftrag bekommen, die Umwandlung des städtischen Eigenbetriebes RNK in eine GmbH zu betreiben.

Seither ist auf der Seite der Beschäftigten, des Personalrates und der Gewerkschaft ver.di immer wieder die Rede von einer geplanten Privatisierung des Krankenhauses. Auf der anderen Seite vertritt Prof. Brost immer wieder die Position, dass es sich nicht um eine Privatisierung, sondern um die Umwandlung des Eigenbetriebes in eine Eigengesellschaft der Stadt handeln wird.

Der Prüfantrag des Rates der Stadt an die Verwaltung hatte das Thema "Strukturveränderungen zur Verbesserung der betriebswirtschaftlichen Situation des Reinhard-Nieter-Krankenhauses", und auf diese Formulierung weisen beide Seiten hin, um zu untermauern, dass es eine Privatisierung bzw. dass es keine Privatisierung werden soll. Im Mai 2003 lud Prof. Brost "die Beschäftigten des Eigenbetriebes -und nur diese und damit keine Eigenbetriebsfremden - zu einer Informationsveranstaltung" zu der anstehenden Betriebsänderung ein. In der Einladung standen beruhigende Worte: "Es besteht objektiv für uns kein Anlaß zur Sorge, da die bestehenden Arbeitsverträge der Beschäftigten inhaltlich nicht zur Disposition stehen werden. Weder deren Tarifbindung noch die VBL-Mitgliedschaft werden in Frage gestellt. Es ist auch keine Privatisierung, nichts wird verkauft."

Der Personalrat reagierte auf diese Einladung mit einem Flugblatt, in dem unter der Überschrift "Privatisierung: Werden wir verkauft?" mit dem Hinweis auf das Thema des Prüfantrages betont wurde, dass es **"nicht Umwandlung zur Eigengesellschaft"** hieß. Außerdem fragte der Personalrat darin, "warum (...) der Gesamtpersonalrat, Ver.di und die Politik von der Infoveranstaltung ausgeschlossen" wurden.

Der Gesamtpersonalrat der Stadt stellte dem Sozialdezernenten Stoffers am 20. Juni schriftlich eine lange Liste von Fragen zur "Privatisierung des Reinhard-Nieter-Krankenhauses" (die, wie wir erfuhren, bis heute nicht beantwortet worden sind). Im Juli war das

Thema RNK Tagesordnungspunkt des ver.di-Ortsvereinsvorstandes, und "der Vorstand machte deutlich, dass die Gewerkschaft Flagge zeigen werde. Gegebenenfalls werde sich der Ortsverein gegen eine Privatisierung des RNK stark machen, falls versucht werde, die Bediensteten „über den Tisch zu ziehen.“ (WZ, 24.7.03). In einem Brief an die Ratsmitglieder vor den Haushaltssitzungen im September drückt der Gesamtpersonalrat seine Sorge wegen "Privatisierungen" aus.

Die jüngsten Verlautbarungen zur Frage, ob die Betriebsumwandlung des RNK nun eine Privatisierung ist oder nicht, gab es im Zusammenhang mit der bevorstehenden Er-



öffnung der Pflegestation im Altenheim Lindenhof, das zum städtischen Eigenbetrieb Reinhard-Nieter-Krankenhaus gehört: Verdi-Bezirksgeschäftsführer Ralf Pollmann erklärte gegenüber der WZ, "bislang (...) sei der Rechtsform-Wechsel beim RNK hin zu einer GmbH so dargestellt worden, dass man habe beruhigt sein können", doch jetzt täten sich schlimme Befürchtungen auf. (WZ, 20.9.03) Im selben Artikel widerspricht Brost zwar den Worten, nicht aber dem Sinn der gewerkschaftlichen Befürchtungen, indem er ver.di vorwirft, "die Veränderungen in der Sozial- und Gesundheitslandschaft nicht in dem erforderlichen Maße zur Kenntnis zu nehmen".

Und da ist der Punkt, egal, ob das RNK eine GmbH, eine gGmbH oder sonst eine Gesellschaft werden soll - die "Veränderungen in der Sozial- und Gesundheitslandschaft" heißen: Das Gesundheitswesen muss billiger werden.

Bremen hat es jüngst vorgemacht. Die vier städtischen Krankenhäuser wurden in gGmbHs umgewandelt. Dank guter und zäher Verhandlungen konnte die Gewerkschaft sicherstellen, dass die schon dort Beschäftigten zunächst keine Einbußen



erleiden werden, doch die, die ab jetzt eine Arbeitsstelle in einer der Kliniken antreten, haben diesen Schutz nicht und werden nicht automatisch nach Tarif bezahlt werden. Auch der Kündigungsschutz der Neuen ist nicht so gut wie der der "verkauften" Mitarbeiter.

Die Frage scheint nicht so sehr zu sein, ob "wir verkauft" werden oder nicht, sondern mehr darin zu bestehen, was die "Verbesserung der betriebswirtschaftlichen Situation" eines Krankenhauses bedeutet. Verbilligung des Personals ist ein Weg, Erhöhung der Einnahmen ein anderer.

"Gesundheit gegen Bares: Wird der Markt es richten?", fragt die "Junge Welt" am 5.7.03. Ein Arzt und Betriebsratsvorsitzender aus Stuttgart verneint im Interview diese Frage und führt aus: "Marktwirtschaft und Solidarsysteme widersprechen sich. (...) Nehmen wir zum Beispiel das System der Fallpauschalen, das gerade in den Krankenhäusern eingeführt wird: Künftig bekommt ein Krankenhaus für eine bestimmte Behandlung einer bestimmten Krankheit eine bestimmte Summe Geld, eine Pauschale eben. Ich kann mir als Krankenhausmanager also ausrechnen, dass ich am meisten Geld bekomme, a) wenn ich möglichst viele Fälle behandle, sie anderen wegnehme oder sie produziere, b) wenn ich die Leistungen pro Fall dramatisch reduziere, damit ich die wenigsten Kosten habe und c) - und das ist das Gefährlichste - wenn ich mir die Fälle so aussuche, dass ich mir sicher sein kann, dass ich einen Gewinn mache, das heißt, wenn ich Patientenselektion durchführe."

Dass das RNK diesen Weg beschreitet, kann nicht im Interesse der Bevölkerung sein. Die Gefahr besteht immer, sie wird jedoch größer, wenn es nicht mehr städtisch ist. Kreise und Gemeinden haben einen Sicherstellungsauftrag. Das bedeutet, sie müssen die Gesundheitsversorgung sicher stellen. Kontrolle und Einfluss hat eine Stadt am ehesten auf ein Krankenhaus, das ihr gehört. Unter diesem Gesichtspunkt wäre es wünschenswert, dass das RNK ist, was es bleibt: ein städtischer Eigenbetrieb. □

www.patch-n-quilt.de
mit Onlineshop



Marktstraße 21
57256 Freudenberg

Fon: 02734- 436 888
(tagl. 15-18 Uhr)

Fax: 02734- 435 620

e-mail: info@patch-n-quilt.de

Alles für
Patchwork
und Quilts,
Stoffe, Zubehör,

englische und französische
Bücher und Fachzeitschriften,
individuelle Beratung,
Kurse, Workshops, Fertigpackungen,
Druckmedien, Kunst- und Design

TRIANGLE
second-hand-shop

An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
HiFi-Komponenten, Literatur + Comics
u.v.m.
Bahnhofstr. 7 * 26382 Wilhelmshaven
Tel.: (04421) 4 21 84

meldungen

Die Ausbildungsplatzlücke

trifft besonders benachteiligte Jugendliche. Die Träger von Jugendberufshilfe, die mit verschiedenen Maßnahmen Angebote für diese Jugendlichen entwickelt haben, beklagen, dass in diesem Bereich massiv der Rotstift angesetzt wird.

Der Arbeitskreis Jugendberufshilfe hat auf einer Sonderbeiratssitzung im Mai d. J. informiert, dass in der Region Wilhelmshaven / Friesland über 300 Maßnahmeplätze gestrichen werden sollen. (Siehe Gegenwind Nr. 191)

Die Pressemitteilung Nr. 37/03 des "Arbeitsamt online", ebenfalls im Mai d. J. herausgegeben, kann als komplette Entwarnung verstanden werden: Demnach finanzieren die Arbeitsämter im Herbst dieses Jahres "genauso viele Maßnahmeplätze für benachteiligte und behinderte Jugendliche wie im letzten Jahr...Hintergrund der Entscheidung ist die im Vergleich zum Vorjahr deutlich größere Lücke zwischen der Zahl der Ausbildungsplätze und der Zahl der Bewerber." Die Bundesanstalt für Arbeit hatte in der gleichen Presseinformation als Grundlage dieser Entscheidung mitgeteilt, dass "rund 70.000 Ausbildungspätze für einen zumindest rechnerischen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage" fehlen. Entwarnung damit auch für die Arbeitsmarktsituation in Wilhelmshaven? Auf Anfrage des Gegenwindes schilderte uns die pädagogische Mitarbeiterin Anke Wellnitz von RAN (Regionale Anlaufstelle zur beruflichen Ein- gliederung junger Menschen in Niedersachsen) die derzeit aktuelle Situation. "Die Berufsberatung hat insgesamt drei Maßnahmetypen erneut aufgelegt. Das Angebot deckt allerdings summarisch in keiner Weise den tatsächlichen Bedarf. Dazu ein Beispiel: Beim Institut Freund wird ein neuer sogenannter BBE-Lehrgang (Lehrgang zur Verbesserung beruflicher Bildungs- und Eingliederungschancen) eingerichtet. Allein hierfür stehen 52 Teilnehmer auf der Warteliste" (A. Wellnitz). Die Berufsbildenden Schulen haben ähnliche Sorgen. Wer auf dem freien Markt keinen Ausbildungspatz findet und keinen Platz in einem Förderlehr-

gang ergattern konnte, drängt wieder auf die Schule. Nach dem Motto "erst mal beim BVJ (Berufsvorbereitungsjahr) anmelden und auf bessere Zeiten hoffen". Dazu ein Vertreter der BBS Friedenstraße auf der Sonderbeiratssitzung des AK Jugendberufshilfe: "Die Institution Schule kann das Problem derzeit nicht auffangen. Wir können keine fach- und sachgerechte Versorgung sicherstellen, u. a. weil keine geeigneten Sonderpädagogen zur Verfügung stehen. Die Qualifizierung unserer Lehrer stimmt bezogen auf diese Problematik nicht". (ub)

Endstation Bauhof?

Der Banter Markt wird renoviert. Das Pflaster ist aufgerissen, und auch der vom Banter Bürgerverein aufgestellte "Handwerkerbaum" musste abgebaut werden. Doch im Gegensatz zur Wiederverwendung der alten Pflastersteine kann sich niemand der Verantwortlichen der Umstrukturierung des Banter Marktes so recht vorstellen, dass auf dem schönen neugestalteten Banter Markt der an einen bayrischen Maibaum erinnernde so genannte Handwerkerbaum wieder seinen Platz finden wird. Dieses vom ehemaligen Vorsitzenden des Banter Bürgervereins Haubrich mit Tendenz zur Selbstbewährung (auf goldener Platte sind die Initiatoren des Denkmals namentlich benannt) und mit Hilfe von großzügigen Spenden der Banter Handwerkerschaft geschaffene "Denkmal" will eigentlich niemand mehr neu aufgestellt sehen. Der Handwerkerbaum wird mittlerweile von im Stadtteil Bant vertretenen Kommunalpolitikern aller Couleurs als für den Banter Markt unpassend angesehen. Anwohner drücken es weniger diplomatisch aus: Der Baum ist ein Schandfleck! Nun ist er erst mal weg. Aber die Hoffnung einiger, dass dieser Baum den Abbau oder Abtransport nicht unbeschadet überlebt haben könnte, hat sich nicht erfüllt. Wäre ja auch noch schöner, wenn ein Gebilde, das das handwerkliche Schaffen des Stadtteils Bant symbolisieren soll, so schnell kaputt ginge! Der Abtransport zum städtischen Bauhof verlief ohne Schäden.

Peter Westerman, in Rüstersiel wohnender Aktivist des Banter Bürgervereins, will den Baum unbedingt am gleichen Platz aufgestellt sehen und tingelt derzeit mit seinem Anliegen durch die politischen Gremien. Westerman und andere aus dem Banter Bürgerverein beklagen, dass die klammheimliche Entsorgung mit dem Bürgerverein nicht abgesprochen sei. Wie auch? Die weitere Planung der Ausgestaltung und Nutzung des Banter Marktes liegt in den Händen des Beirates der "Sozialen Stadt". Dieser Beirat - bestehend aus "insgesamt 35 Vertretern unterschiedlicher Organisationen sowie Einwohner und Einwohnerinnen aus dem Stadtteil" soll "Perspektiven für die westliche Südstadt entwickeln" (Thorsten Stahlhut, Quartiersmanager der Sozialen Stadt in der Stadtteilzeitung IMPULS). Der Banter Bürgerverein wurde als eine zu den im Stadtteil als relevant anzusehenden Organisationen klassifiziert und bekam folglich einen Sitz im Beirat. Ein Herr Riedel, gemeldet vom Banter Bürgerverein für den Beirat des seit Januar 2002 aktiven Stadtteilmanagements, wurde bisher auf keiner Sitzung gesichtet. Wer zu spät kommt ... (ub)

Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak
Legasthenietherapie
Lese-/Rechtschreibtraining
Diagnose und Beratung
Auskunft und Anmeldung
04421 - 99 64 70

Vorsicht Statistik!

"Ich traue nur der Statistik, die ich selbst gefälscht habe" - dieser mittlerweile populäre Spruch soll angeblich vom ehemaligen CDU-Bundeskanzler Adenauer stammen. Von pädagogischen Fachkräften wird beklagt, dass die Statistiken des Arbeitsamtes überhaupt nicht mit eigenen Erlebnissen des Arbeitsalltages in Einklang zu bringen sind. Die Zahl der Jugendlichen, die nach Schulschluss ausbildungstechnisch nicht versorgt sind, sinkt statistisch gesehen angeblich. Die pädagogischen Fachkräfte, die in der Beratung und Betreuung mit arbeitslosen Jugendlichen arbeiten, haben ganz und gar nicht den Eindruck, dass diese Personengruppe kleiner wird. Wie passt das zusammen? Wer sich nach der Beendigung der Schulpflicht Hilfe vom Arbeitsamt verspricht, muss sich zunächst arbeitslos melden. Das Arbeitsamt fordert bei der Arbeitsvermittlung eine "Eigenbemühung" ein. D. h. dass der arbeitslose Schulabgänger regelmäßig einmal pro Monat beim Arbeitsamt vorstellig werden muss, und bei diesem Besuch seine "Eigenbemühungen" in Form mehrerer abgeschickter Bewerbungen belegen muss. Wer, weil er vom Arbeitsamt nichts Passendes vorgelegt bekommt und in den Stellenanzeigen der örtlichen Presse erfolglos nach einem geeigneten Jobangebot sucht, schließlich das Handtuch schmeißt und sich die Arbeitsamtbesuche erspart, taucht in der Statistik nicht mehr auf! Auch so sinkt die Zahl der arbeitslosen Schulabgänger - statistisch gesehen. Mit Folgen, denn dann braucht man auch weniger Plätze in pädagogischen Maßnahmen der Jugendberufshilfe. (ub)

Hinterhältig

Da kehre ich Wilhelmshaven mal 4 Wochen den Rücken, und schwupp! verschwinden gleich mehrere lieb gewordene Attraktionen der Stadt. Komme ich wieder, und futsch ist die Denkmal-Lokomotive, futsch auch die Towarischtsch. Die Südzentrale ist zum Glück noch da, aber die Abrissgenehmigung wurde erteilt, während ich arglos auf Reisen war. Im Rat sicher auch wieder Hauen und Stechen, ohne dass jemand Angst haben musste, im GEGENWIND Schelte wegen ungehörlichen Benehmens zu kassieren. Kann man denn nicht mal in Urlaub fahren, ohne dass hier gleich das Chaos ausbricht? (iz)

ROCKFISCH

MUSIKKNEIPE IM SÜDEN
DER STADT

Mainstraße 22 - Wilhelmshaven
Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr



Ich möchte sofort ein GEGENWIND-Förderabo!!

Vorname.....Name:.....Straße:.....
 PLZ, Wohnort:.....Geburtsdatum:.....Telefon:.....
 Ich bin damit einverstanden, dass der GEGENWIND meinen Monatsbeitrag von Euro (mind. 4 Euro)
 im vierteljährlichen Lastschriftverfahren von meinem Konto:.....
 Bank:.....Bankleitzahl:.....
 zugunsten des GEGENWIND-Kontos 500 355 bei der Volksbank Wilhelmshaven abbucht.
 Ort:.....Datum:.....Unterschrift:.....

Da ich nicht weiß, wo der GEGENWIND ausliegt, möchte ich ihn per Post zugestellt bekommen
 Absenden an: GEGENWIND, Weserstr. 33, 26382 Wilhelmshaven oder eine eMail an: gegenwind.whv@t-online.de.de

Anzeige

Vorhersage der WALLI für den 15. Oktober 2003

Sie wollen wissen, was in der WZ so um den 15.10.2003 stehen wird? Wir sagen es Ihnen schon heute. Die Überschrift: JadeWeserPort - Baubeginn schon in wenigen Monaten.

Ganz sicher wird es sich die WZ nicht nehmen lassen, wieder einmal eine der langen Lügenlisten über den JWP zu veröffentlichen. Da wird wieder von vielen tausend Arbeitsplätzen berichtet, von Firmen, welche zu Hunderten auf Wilhelmshavener Gebiet siedeln, von privaten Investoren, von natürlich tiefem Fahrwasser, von Riesenschiffen mit 18 m Tiefgang, von geringer Naturbelastung. Ein Freudenartikel, welcher ganz sicher wieder ohne jegliches Hintergrundwissen geschrieben wird. Am Samstag wird dann wieder eine Sonderbeilage erscheinen. Die Adams, Niemanns, Menzels werden mit breitem Lächeln aus der Zeitung blicken und ihre JWP-Parolen verbreiten. Freude an allen Fronten.

Rückblick: Monatlang berichtete die WZ über die Machbarkeitsstudie für den JWP. Voll Erstaunen stellte ich später bei einem Gespräch mit der "WZ-Spitze" fest, dass diese die Machbarkeitsstudie noch nicht einmal gesehen hatten.

Und so wird auch der Oktober 2003 von der WZ genutzt werden, den BürgerInnen von den Glanztaten der Entwicklungsgesellschaft zu berichten.

Leider wird wieder einmal nur das Datum der WZ korrekt sein.

Wie lange die Wilhelmshavener BürgerInnen sich noch von der WZ, vom Oberbürgermeister und von den SPD- und CDU-Spitzen hinter Licht führen lassen, wage ich nicht zu beurteilen.

Fest steht:

- ◆ Arbeitsplätze bringt ein Containerhafen nur in ganz geringem Umfang
- ◆ Steuereinnahmen wird Wilhelmshaven aus diesem Hafen nicht zu erwarten haben
- ◆ Wertschöpfung wird es hier vor Ort nicht

geben (die Wertschöpfung bleibt am Stammstiz)

- ◆ Wilhelmshaven wird viele Millionen in Straßen investieren müssen
- ◆ die Umweltauswirkungen sind kaum absehbar (Verschlickung von Hafeneinfahrten, Sedimentumlagerungen usw.)
- ◆ Der Himmel über Voslapp wird es nie mehr dunkel sein
- ◆ Die Güterzüge rattern nachts durch Sande
- ◆ Hunderte LKW brettern durch Varel, Friedeburg, Voslapp.....

Und das wissen die Propagandisten genau. Auch sie kennen die Aussagen aus Bremerhaven (Eurogate und BLG - keine Wertschöpfung in WHV), Hannover (Finanzierung), Bonn (Verkehrswegeplan - in absehbarer Zeit keine BAB) und Berlin (Bahnausbau - keine Ortsumgehung Sande, Varel, Oldenburg - keine Lärmschutzmaßnahmen).

Aber die Front bröckelt. Immer mehr BürgerInnen und sogar Politiker in Wilhelmshaven informieren sich und stellen voll Erstaunen fest, dass sie belogen werden. Nur, was würde passieren, wenn ein Ratsmitglied Zweifel öffentlich äußert? Weg vom Fenster, Aufsichtsratsposten, Ausschussvorsitz, Parteibuch - alles weg.

Nun gut. Sie glauben wieder einmal nicht, was hier steht! Das brauchen Sie auch nicht. Mit etwas Mühe, und Wilhelmshavens Zukunft dürfte es wert sein, können Sie all das nachlesen. Niedergeschrieben von Gutachtern und Sachverständigen. Die Zukunft Ihrer Stadt sollte es Ihnen wert sein, alle diese Behauptungen zu überprüfen.

Oder aber Sie nehmen ohne zu klagen alles einfach hin.

Themenwechsel: Bäder

Da wurden die Wilhelmshavener Bäder in die Stadtwerke-Holding überführt, um Kosten zu sparen. In den Bädern findet auch das Schulschwimmen statt. Noch in Wilhelmshavener Hand, entstanden dafür Kosten von 50.000 Euro pro Jahr. Jetzt flattert die Holdingrechnung für das Schulschwimmen in das Rathaus. 167.000 Euro werden hier in Rechnung gestellt. Preissteigerung für gleiche Leistung: 334 Prozent.

Tragisch ist das nicht. Da die Stadt ohnehin die Kosten für den Schülertransport zum Schulschwimmen nicht mehr übernehmen will, wird es kein Schulschwimmen und auch keine solche Rechnung mehr geben.

Themenwechsel: Kultur

Da wird im Haushaltsentwurf über eine Konzentration auf kulturelle Kernbereiche nachgedacht. Betrachtet man die kulturellen Einrichtungen Wilhelmshavens, gibt schon heute nur noch das Nötigste, also den Kernbereich. Warten wir mal ab, was Wilhelmshaven Ende 2004 an kulturellen Einrichtungen vorzuweisen hat. Nur noch das Stadttheater?

Themenwechsel: Wattenmeerhaus

Schon bald könnte es in Wilhelmshaven einen kostenlosen Ausstellungsbereich für Künstler geben. Im Wattenmeerhaus. Hier befindet sich zur Zeit noch die JWP-Ausstellung, welche für 5 Jahre geplant ist. Diese ist ohne Genehmigung der Bezirksregierung aufgestellt worden und könnte deswegen schon in Kürze abgebaut werden müssen. Sicherlich gibt es für den Platz schon einen Mietvertrag über 5 Jahre, auf welchen das Wattenmeerhaus bestehen könnte. Damit ist die Miete für die freie Fläche schon mal bezahlt und Wilhelmshavener Künstler könnten sich hier noch 4 Jahre austoben.

Themenwechsel: Gebäude-Energiepass

Es gibt ihn, den Gebäude-Energiepass. Und schon stehen dubiose auswärtige Energieberater auf der Matte. Ein Farbanstrich der Dachpfannen soll Energie einsparen. Lassen Sie noch einige Wochen die Finger davon. Schon im Oktober wird die WALLI Fachleute einladen, welche den interessierten BürgerInnen kompetente Auskünfte geben werden. Danach wissen Sie, was Sinn macht und was nicht. Schön würden wir es finden, wenn danach Wilhelmshavener Firmen auf Ihre Aufträge hoffen dürfen.

Treffen der WALLI:

Jeden 1. u. 3. Dienstag im Monat um 20.00 Uhr in der Gaststätte "Am Kreuzelwerk" Freiligrathstr. 432, WHV

WALLI

Wilhelmshavener Alternative Liste
 Tel./Fax: 04421 879249
 Internet: walli-whv.de
 E-Mail: w.alli@web.de

Spendenkonto:

Postbank Hannover
 Konto Nr. 902894-309
 BLZ: 250 100 30
 Spendenquittung

